Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

12.6.1864 (No. 137)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. Juni.

Nr. 137.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1864.

Telegramme.

† **München,** 11. Juni. Nach der „Bayer. Ztg." sind die Angaben der „Allg. Ztg." über die österreichische Uebereinkunft in der Zollvereins-Sache ungenau und entstellt.

Wien, 11. Juni. (W. T.-B.) Der „Oesterreich. Ztg." schreibt man aus London vom 10.: In der Konferenz am Donnerstag erklärten Oesterreich und Preußen, die Feindseligkeiten würden am 26. sofort beginnen, wenn bis dahin nicht die Grenzlinie festgestellt, oder ein Waffenstillstand von längerer Dauer angenommen sei.

† **Kopenhagen,** 10. Juni. Die „Berling. Ztg." schreibt: Dem Vernehmen nach hat die Londoner Konferenz einen Ausschuß, bestehend aus den HH. Quaade, Balan und Latour, ernannt, um vorkommenden Falls streitige Bestimmungen der Waffenruhe zu deuten.

† **St. Petersburg,** 11. Juni. Die deutsche „Petersb. Ztg." meldet als zuverlässig, daß Rußland seine Ansprüche an Holstein an Oldenburg abgetreten hat, wodurch die Erbfrage zwischen Oldenburg und Augustenburg vollständig eine innere Frage des Deutschen Bundes geworden sei.

Fürst Gortschakoff ist gestern nach Berlin und Kissingen abgereist.

Turin, 11. Juni. (W. T.-B.) Aus Tunis: Die Beduinen sollen geneigt sein, die Oberhoheit der Pforte anzuerkennen; sie verlangen Abschaffung der Regentschaft. Tunesische Piraten griffen einige Handelsschiffe an.

London, 10. Juni. Mit Ausnahme der Verlängerung der Waffenruhe wurde das Friedenswerk in der gestrigen Sitzung der Konferenz kaum gefördert. Dänemark hielt an der Schleilinie als an seinem Ultimatum fest. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

London, 10. Juni, Abends. (W. T.-B.). Im Unterhaus erwiederte Lord Palmerston auf eine Anfrage Disraeli's, die Verlängerung der Waffenruhe sei nicht an besondere Bedingungen geknüpft worden. Auf die Frage Griffith's, ob England eventuell Dänemark zu einer abermaligen Verlängerung der Waffenruhe drängen werde, — antwortete Lord Palmerston, er könne unmöglich wissen, was die Konferenz beschließen werde, wenn die verlängerte Waffenruhe resultatlos ablaufen sollte.

London, 11. Juni. (Sch. M.) In der vorgestrigen Konferenzsitzung bewilligten die Deutschen eine weitere vierzehntägige Waffenruhe unter der Erklärung zu Protokoll: der Krieg solle am 26. wieder beginnen, wenn alsdann eine Friedensbasis oder ein befriedigender Waffenstillstand nicht festgestellt sei. Die Dänen, von den Neutralen unterstützt, beharrten auf der Schleilinie. Preußen bestand auf Apenrade, Oesterreich beantragte Flensburg-Tondern. Bernstorf wollte Flensburg-Tondern in Berlin befürworten. Preußen beantragte formell Abstimmung der Bevölkerung; Alle dagegen, außer Frankreich, welches schwieg.

† **Neu-York,** 1. Juni. Grant fand Lee's Stellung zu stark und ging deßhalb über den Nord-Anna-Fluß zurück, überschritt den Pamunky-Fluß, und nahm drei Meilen südlich davon Stellung. Er zwang dadurch Lee, sich vom Süd-Anna-Fluß zurückzuziehen und nördlich von dem Chikahominyfluß, südlich von Totopatamock-Creek Stellung zu nehmen. Lee griff Warren bei Shadygrove an, wurde jedoch mit großem Verlust zurückgeschlagen. General Butler schlug ebenfalls einen Angriff der Südstaatlichen zurück. Ebenso General Sherman.

Goldagio $88\frac{7}{8}$. Wechsel 206; sechsproz. $105\frac{3}{4}$.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 10. Juni. Außer der Abstimmung über den Antrag, den Geschäftsverkehr des Bundes mit Hrn. v. Beust den vereinigten Ausschüssen zu überlassen, sind in der gestrigen Bundestags-Sitzung noch anderweitige Gegenstände zur Verhandlung gekommen, die nicht ohne Interesse sind. Württemberg ließ die Publikation der Nachträge zur Wechselordnung notifiziren, und die Nachdruckskommission legte ihren Bericht vor, wie er aus der zweiten Lesung hervorgegangen. Die meiste Zeit der langen Sitzung gebrauchte jedoch die Verlesung von Berichten des Hrn. v. Beust über die jüngsten Konferenzsitzungen, welche mit Bemerkungen des Bundesbevollmächtigten begleitet waren.

Wiesbaden, 9. Juni. (Mittelrh. Ztg.) In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung brachte die Regierungskommission die für die Gesandten am österreichischen und preußischen Hofe von der Ständekammer gestrichenen Kosten wiederholt in Anforderung, und theilte mit, daß eine Anforderung für den Gesandten im Haag nicht wieder erfolgen soll.

Dresden, 9. Juni. Ein Artikel des „Dresd. Journ." über die Angelegenheiten der Herzogthümer Schleswig-Holstein sucht in einer fünf Spalten füllenden Ausführung die öffentliche Meinung in Deutschland auf etwaige Konzessionen vorzubereiten und gegen zu kühne Hoffnungen zu verwarnen. Der Gang der Ereignisse seit dem Tode des Königs von Dänemark wird zu Anfang eingehend, namentlich mit Bezug auf die Haltung der deutschen Mittelstaaten, geschildert und hieran die Darlegung Dessen geknüpft, was gegenwärtig zu erstreben und zu erreichen sei. Es wird auf die Gefahren eines europäischen Krieges hingewiesen; wenn erst eine der neutralen Mächte für Dänemark eintrete, so sei derselbe schwerlich zu vermeiden. Die Bahn der Vermittlung sei auf der Konferenz einmal beschritten, und könne ohne die dringendste Nothwendigkeit nicht wieder aufgegeben werden. In Betreff Lauenburgs sei die Rechtsfrage unklar, und so biete es ein passendes Austauschobjekt gegen nordschleswigsche Gebiete. Nach allen diesen Deduktionen heißt es am Schluß:

Mit Alledem wollten wir nur zeigen, daß es eine unabweisbare Forderung kluger Politik ist, in dieser Angelegenheit die deutsche Rechtsforderung nicht als Etwas zu betrachten, dessen Werth allein darin bestände, daß kein Titelchen davon wieder abgelassen würde. Man muß den Werth dieses und jenes Objekts unterscheiden; man muß sich immer fragen, ob jedes Titelchen des Rechts auch vor der Gefahr, darüber das Ganze unsichern Kriegschancen zu übergeben, behauptet werden soll; man wird erwägen müssen, daß die Forderungen nationaler Ehre und Interessen, wenn ihnen im Ganzen durch Sicherstellung der Nationalität und Erlangung eines enormen Vortheils genügt wird, nicht jede Verhandlung, jede Kompensation ausschließen. Wenn man sich nur recht klar über die Sache werden will, wird leicht einzusehen sein, daß die öffentliche Meinung selbst eben in ihrem Wechsel zwischen den höchsten Erwartungen und tiefer Niedergeschlagenheit, in ihrem Drange, Wege aufzusuchen, um die Nationalehre zu wahren, den Weg der Verhandlung und Vermittlung längst betreten hat: Oder was ist es anders, wenn man zugleich mit dem Erbfolgerecht auch das Selbstbestimmungsrecht der Schleswig-Holsteiner gelten lassen wollte, wenn man zur Zeit, als die Aussichten sehr gering waren, mit der Entscheidung durch Abstimmung sich befriedigt erklärte? Zahlreiche Stimmen haben sich in dieser Richtung vernehmen lassen und der Erbprinz Friedrich selbst hat sich bereit erklärt, sein Recht dieser Prozedur zu unterziehen.

Wenn den Verhandlungen in London, wie es von deutscher Seite geschieht, die Richtung gegeben wird, das Recht Schleswig-Holsteins auf Trennung von Dänemark und auf den legitimen Fürsten zur Anerkenntniß zu bringen, so scheint Allem genügt zu sein, was die deutsche Ehre, was deutsches Recht verlangen. Es kann davon nicht die Rede sein, daß Dänemark an Deutschland, an den Herzog von Schleswig-Holstein etwas abtritt, um sich mit ihm abzufinden. Das deutsche Recht wird einfach dadurch in Geltung gebracht, daß Dänemarks Traktatansprüche auf die Herzogthümer abgewiesen werden und das Recht Schleswig-Holsteins zur Basis genommen wird. Wir sind sicher, daß der Bundesbevollmächtigte in dieser Beziehung deutlich und deutsch genug sich erklärt haben wird. Bei dieser Sachlage aber ist die Frage, ob Deutschland aus Rücksicht auf den Weltfrieden und das allgemeine Wohl etwas von dem Erlangten abtreten, damit Kompensationen einleiten soll oder nicht, eine rein politische. Man wird die Vortheile des Gebotenen mit Dem, was zu konzediren ist, sorgsam vergleichen, politische, finanzielle, militärische und Verkehrsinteressen zu wahren suchen. Man kann für die in solchen Verhandlungen festzustellende Grenzlinie die formelle Legalisirung durch das Votum der Bevölkerung jenseits der Linie und den Herzog Friedrich in Aussicht nehmen; man kann den dagegen Stimmenden volle Auswanderungsfreiheit ausmachen. Viele solcher Punkte werden sich zu Verhandlungen darbieten. Man kann darüber verschiedener Meinung sein, verschiedene Vorschläge und Lösungen diskutiren, und es ist dem deutschen Nationalgefühl nicht zu verdenken, wenn es dabei für das deutsche Interesse lebhaft Partei nimmt. Wir haben es sehr begreiflich gefunden, wenn die deutschen Kammern, wenn die Presse und Volksversammlungen es den deutschen Repräsentanten in London dringend ans Herz legten, in den deßhalbigen Verhandlungen das Möglichste zu erreichen. Die Energie, mit welcher sich die Volksstimme bisher öfter vernehmen ließ, hat ihren vollen Antheil an der Herbeiführung einer glücklichern Lage der Dinge gehabt. Sie ist auch jetzt nicht ohne Werth dem Auslande gegenüber und wohl im Stande, in den abwägenden Verhandlungen für die deutsche Seite das Gewicht zu verstärken. Hier sehen wir immer noch eine große und würdige Aufgabe der öffentlichen Meinung. Möge sie dieselbe mit politischem Blick erfassen, vermeiden, was dem deutschen Volk zum voraus die Freude an dem zu Erringenden trübe und die deutschen Anstrebungen unsicher und zerfahren machen könnte!

Hannover, 9. Juni. (Fr. J.) v. Bennigsen berichtete heute in der Zweiten Kammer aus der Konferenz beider Häuser in der schleswig-holsteinischen Sache. Obwohl die neulich erfolgte Regierungserklärung die Lage der Sache geändert habe, so dürfe man doch das Verfahren des Grafen Platen nicht ungerügt hingehen lassen. Aus der Regierungserklärung hätte er übrigens die Selbstverherrlichung fortgewünscht, die sich im zweiten Theil spiegele. Es sei kein besonderes Verdienst, sich als letzter Staat von dem Protokoll loszusagen, nachdem alle anderen Staaten vorausgegangen; von einem Protokoll, das, an sich nichtig, von den Dänen selbst zerrissen sei. Mit der Selbstverherrlichung mache das Ministerium aus der Noth eine Tugend; sie sei nur eine Maske, um dahinter seine Unterthänigkeit zu verbergen. Minister Windthorst beklagte des Vorredners scharfe Aeußerungen, die in die Sache nur eine gewisse Bitterkeit hineinbringen könnten, welche ihr durchaus nicht förderlich sei. Besser, man freue sich über die hergestellte Eintracht, als rühre ewig die Vergangenheit auf. Es ward darauf beschlossen, die Angelegenheit nochmals an die Konferenz zurückzuverweisen, nachdem noch Oppermann bemerkt hatte, daß die neuesten Beschlüsse der Ersten Kammer, die das Staunen des ganzen Landes erregt hätten, die Meinung erwecken müßten, die Erste Kammer habe ganz vergessen, daß sie ihren Ursprung einer oktroyirten Verordnung verdanke. — Sodann berichtete v. Bennigsen aus der Konferenz wegen der Urlaubsverweigerung Planck's. Es sei keine Einigung zwischen den Mitgliedern der Ersten und Zweiten Kammer erreicht, und auch nicht zu erhoffen gewesen nach dem Resultat der Wahl in der Ersten Kammer, die auf die beiden Exminister Graf Borries und Hrn. v. d. Decken gefallen sei. Uebrigens habe man in der Konferenz festgestellt, daß die Urlaubsverweigerung aus politischen und nicht aus dienstlichen Rücksichten erfolgt sei. Es ward darauf eine verstärkte Konferenz beschlossen. — In der fortgesetzten Berathung der Synodalordnung ward diese Vorlage als Ganzes einstimmig genehmigt.

Altona, 10. Juni. Die „Schlesw.-Holst. Ztg." berichtet aus zuverlässigster Quelle: Die Nachrichten, Herzog Friedrich habe Unterhandlungen, die wegen Rendsburgs als Bundesfestung und Kiels als Bundeshafens erhoben worden, abgelehnt, sind völlig aus der Luft gegriffen. Es ist durchaus kein Versuch gemacht worden, derartige Verhandlungen anzuknüpfen.

Schleswig, 9. Juni. Der neuesten Ordre zufolge bleibt bis auf Weiteres das preußische Generalkommando noch hier, und die Truppentheile verbleiben in ihren augenblicklichen Standorten.

Berlin, 9. Juni. Die „Nordd. Allg. Ztg." fügt ihrer Mittheilung bezüglich der Verlängerung der Waffenruhe auf 14 Tage die Bemerkung bei, „daß es die letzte Konzession sein werde, die Preußen zu Gunsten des Friedens machen wird."

Sollten — fährt das Blatt fort — in der 14tägigen Frist, welche für die Verhandlungen offen ist, keine Modalitäten zu einer Ausgleichung gefunden werden, so wird Preußen, welches so viele Proben seines Wunsches nach einem friedlichen Austrag dieser Frage zu erkennen gegeben hat, um so energischer das Schwert zu gebrauchen wissen, welches man ihm auf's neue in die Hand zwingt.

Es scheint, daß in der letzten Zeit Berathungen in Betreff einer Einberufung des Landtags stattgefunden haben. Denn wie früher die „Kreuzzeitung", so kommt heute auch die offiziöse „Provinzialkorr." auf dieses Thema zurück und spricht sich dahin aus: daß, „so viel die Absichten der Regierung zu erkennen sind, für's erste, und wenn nicht etwa ganz unerwartete Ereignisse eintreten, an eine Berufung des Landtags nicht zu denken ist." Nachdem das offiziöse Blatt dann an die Worte des Ministerpräsidenten v. Bismarck erinnert: „wir werden die Mittel zur Kriegführung nehmen, wo wir sie finden", fährt es fort:

Indem daher die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt war, die Kosten der Kriegführung aus den vorhandenen Mitteln zu decken, konnte es ihr und gewiß auch dem Lande nur zur hohen Genugthuung gereichen, daß die Finanzverhältnisse Preußens derart sind, um Verlegenheiten zunächst auch für einen solchen Fall nicht entstehen zu lassen. Wie es der Regierung bisher möglich war, die unvermeidlichen Ausgaben zu sichern, so dürfte auch für die weitern Bedürfnisse, insoweit dieselben sich auf Grund der bisherigen Entwicklung der Dinge beurtheilen lassen, ein Anlaß zu einer mehr oder minder baldigen außerordentlichen Einberufung des Landtags nicht vorliegen. Nur in dem Fall, daß unerwarteter Weise die Wahrscheinlichkeit einer neuen und größern politischen Verwicklung und demzufolge einer weitern Ausdehnung der Kriegführung einträte, würde vermuthlich die Einberufung des Landtags in nähere Erwägung zu ziehen sein.

An den Berathungen der Zollkonferenz, welche gegenwärtig hier abgehalten wird, nehmen außer dem preußischen Bevollmächtigten folgende Herren Theil: der Oberzollrath Meyer aus Oldenburg, der Finanzdirektor v. Thielau aus Braunschweig, der Hauptstaatskassen-Direktor Bode aus Kassel, der Geh. Finanzrath v. Thümmel aus Dresden, der Ministerialrath v. Schmidt aus Karlsruhe, der Geh. Rath Thon aus Weimar, und der Dr. Mettenius aus Frankfurt a. M. — Die Gesellschaft, welche den schleswig-holsteinischen Kanal (Nord-Ostsee-Kanal) bauen will, hat am Montag unter dem Vorsitz des Staatsministers Frhrn. v. d. Heydt wieder eine Sitzung gehalten. Aus guter Quelle hört die „N. Pr. Ztg.", daß sowohl Frankreich wie Rußland sich für das Zustandekommen des Kanals lebhaft interessiren.

Berlin, 9. Juni. Man schreibt der „Köln. Ztg.":

Die Annahme, daß Preußen von dem Herzog Friedrich zu Schleswig-Holstein die Zusage verlangt hätte, die Genehmigung für eine Anzahl von Bundeseinrichtungen im voraus zu ertheilen, wird in den gouvernementalen Kreisen ganz entschieden mit der Versicherung in Abrede gestellt, daß preußischer Seits dem Fürsten gar keine Anträge gemacht worden sind. Die hierauf bezüglichen Mittheilungen reduziren sich auf eine früher angedeutete Absicht des Herzogs, Preußen um die Organisation des schleswig-holsteinischen Kontingents zu ersuchen. Wollte derselbe den in den schleswig-holsteinischen Blättern näher ausgeführten Ansichten über die Nothwendigkeit einer Anlehung an Preußen entsprechen, so war es Sache des Herzogs, in dieser Beziehung Vorschläge zu machen. Man hört aber nicht, daß dies von demselben in irgend einer Weise geschehen sei. Eine Forderung an ihn wegen Genehmigung

künftiger Bundeseinrichtungen zu stellen, liegt aber Preußen um so ferner, als einmal diese Institutionen ohne Zustimmung unserer Regierung gar nicht hergestellt werden können und diese nur dann zu erwarten steht, wenn die projektirten neuen Schöpfungen, wie Festungsbauten, Hafeneinrichtungen, Küstenfortifikationen, welche 30 bis 40 Millionen erfordern würden, seinen Intentionen und den Interessen des preußischen Staates entsprechen. Ebenso haben die mittelstaatlichen Versuche, den Bund, welcher für völkerrechtliche Zwecke gebildet ist, in staatsrechtlicher Richtung umzugestalten und eine Bundespolitik mit preußischem Gelde und sonstigen preußischen Hilfsmitteln zu treiben, niemals auf die Unterstützung Preußens zu rechnen. Wie sollte seine Regierung also wohl dazu kommen, vom Herzog Friedrich in dieser Beziehung Zusagen zu fordern, welche dieser prinzipiellen Auffassung des Bundesverhältnisses widersprechen würden? — Wie aus dem heutigen „Staatsanzeiger" hervorgeht, ist Preußen in die Nothwendigkeit versetzt worden, seine Zustimmung zur Verlängerung der Waffenruhe mit Dänemark auf vierzehn Tage nicht ablehnen zu können, indem alle Neutralen und auch das Wiener Kabinet den dänischen Antrag unterstützten. In der heutigen Konferenz wird indessen, wie ich höre, zugleich die Erklärung abgegeben werden, daß diese Frist die letzte sei und daß der Krieg ohne Weiteres fortgesetzt werden wird, wenn bis zum 26. d. M. keine Friedensbasis gefunden sein sollte. Man beschäftigt sich übrigens hier mit der Erwägung, in welcher Weise bei Wiederholung der dänischen, der Pariser Deklaration nicht entsprechenden, nicht effektiven Blokade durch Bewaffnung von Privatschiffen dem Feinde entgegenzutreten sei. Sicher ist, daß Preußen sich Dänemark gegenüber nicht mehr durch die Pariser Deklaration für gebunden in seinen Maßnahmen zur See erachtet wird.

Berlin, 10. Juni. (Berl. Bl.) Das russische Kaiserpaar ist gestern Abend ½10 Uhr, von Königsberg kommend, hier eingetroffen. Se. Maj. der König war zum Empfang auf dem Potsdamer Bahnhof hierselbst anwesend. Nach der Ankunft und Begrüßung von Seiten der Mitglieder der königl. Familie im Stadtschloß zu Potsdam fand das Souper statt. Heute Vormittag 11 Uhr große Parade auf dem Tempelhofer Feld vor dem Kaiser von Rußland. Darauf Familientafel im Orangeriehause und Marschallstafel im Stadtschloß zu Potsdam. Die russischen Majestäten gehen morgen früh 8 Uhr zunächst nach Darmstadt.

Von Seiten des hiesigen Kriegsministeriums wie des Oberkommando's der verbündeten Armee sind bereits alle Veranstaltungen getroffen, um den etwa wieder ausbrechenden Krieg mit größter Energie weiter zu führen. Gleichzeitig hat die preußische Regierung durch den in Frankreich erfolgten Ankauf mehrerer, zum Kriegsgebrauch passender Fahrzeuge Sorge dafür getragen, daß fortan auch zur See Dänemark entschiedener entgegengetreten werden könne. Ebenso ist Oesterreich damit beschäftigt, durch Nachsendung mehrerer Kriegsschiffe sein Geschwader in der Nordsee zu verstärken.

Frankreich.

* **Paris,** 10. Juni. Sr. Maj. dem Kaiser ist auf dem Teich in Fontainebleau ein Unfall zugestoßen, der nach offiziösen Abendblättern darin besteht, daß bei einem Versuch, den der Kaiser mit einer neuen Art von Schwimmschuhen vornahm, einer der beiden Apparate nicht gehörig funktionirte, so daß der Kaiser sich, ohne seinen Willen, ein etwas höheres Fußbad zu nehmen veranlaßt sah. Ein Schiffchen, welches bei derartigen Exkursionen stets dicht hinter ihm nachfährt, hatte ihn bereits an Bord genommen, ehe noch von einer wirklichen Gefahr nur die Rede sein konnte. — Der „Moniteur" sagt heute Abend: „Bekanntlich erhoben sich Diskussionen zwischen den Dänen und Deutschen über die Ausführung mehrerer Einzelheiten der Waffenruhe. Die Bevollmächtigten der kriegführenden Mächte kamen überein, sich unter sich zu vereinigen, um unter den Auspizien eines der Repräsentanten der neutralen Mächte die strittigen Punkte zu prüfen und in freundschaftlicher Weise zu regeln. Fürst de la Tour d'Auvergne wurde gewählt, um den Repräsentanten der kriegführenden Mächte in diesem Versöhnungswerk beizustehen."

Der Dampfaviso „Aily" ging gestern Abend mit eiligen Depeschen von Toulon nach Tunis ab. Die Nachrichten aus der Regentschaft lauten sehr wenig beruhigend. Am 3. machte der Chef der Insurgenten an der Spitze einer starken Kavalleriekolonne eine Rekognoszirung bis unter die Mauern der Hauptstadt. Die Insurrektion nimmt fortwährend zu. Der Kasnadar berief ein neues Korps von 500 Mann von Tripoli. Das franz. Geschwader vor Tunis wurde neuerdings durch die Panzerfregatte „l'Invicible" verstärkt. Aus Algier dagegen laufen lauter Siegesberichte ein. General Deligny — meldet der „Moniteur algérien" vom 9. — schreibt, daß die Araber im Süden auf den Kampf verzichten. General Jusuf zerstörte das Dorf El-Maia, welches den Insurgenten Lebensmittel geliefert hatte, und General Rose schlug einen dritten Angriff des Feindes zu Dar-ben-Abdallah nach lebhaftem Kampfe ab. Der Feind hatte 200 Todte; die Franzosen, welche ihm eine Fahne abnahmen, 5 Verwundete.

Dem Vernehmen nach wurde ein französischer Agent nach Washington geschickt, um dem Präsidenten Lincoln über verschiedene feindselige Handlungen gegen die dermalige Lage der Dinge in Mexiko, welche zur Kenntniß der kaiserlichen Regierung gelangten, die Mißbilligung Frankreichs in energischer Weise auszusprechen. — Der „Abend-Moniteur" berichtet, daß bei der großen Volksversammlung von Hadersleben, die gegen die Theilung Schleswigs protestirt hat, die Anwesenden fast ausschließlich dänische Schleswiger gewesen seien. — 3proz. 67.05. Cred. Mob. 1033.75. Ostb. 465. Ital. Anl. 70.40.

Spanien.

Madrid, 8. Juni. Olozaga ist nach Frankreich abgereist. Espartero wird zu den Mitgliedern des neuen Progressistenausschusses gehören. Die Königin wird hier übermorgen zurückerwartet. General Prim beabsichtigt, sich nächstens in das Bad Vichy zu begeben.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Juni. (Köln. Ztg.) Gestern ging hier überall das Gerücht, und selbst in den besten Kreisen wollte man wissen, daß der König fest entschlossen sei, sofern man in London eine Theilung Schleswigs beschließen und überhaupt die Basis des Londoner Traktats fallen lassen würde, die Krone niederzulegen. Für ein solches Gerücht kann man nicht einstehen, aber so viel ist gewiß, daß mit dem Fallen des Londoner Traktates hier einigermaßen auch der Boden unter den Füßen des Königs schwindet.

Kopenhagen, 8. Juni. (Köln. Ztg.) In der gestern von dem König abgehaltenen geheimen Staatsraths-Sitzung ist beschlossen worden, daß der Reichsrath nicht, wie bestimmt war, zum 14. d. M., sondern um einige Wochen später zusammenberufen werde, weil die Zeit bis zum 15. eine allzu kurze sei, um das Nöthige veranlassen zu können. — Die Wahlen zum Folkething des Reichstages sind jetzt bis auf sehr wenige geschlossen; gestern war hier in der Residenz die Wahlhandlung. Durch offenen Brief des Königs vom 4. Juni d. J. ist das Folkething des jetzigen Reichstages aufgelöst.

Kopenhagen, 9. Juni. Die „Berling'sche Ztg." bringt folgende offiziöse Mittheilung: „Der Zwist über die Dauer der Waffenruhe ist dahin gelöst, daß dieselbe um Mitternacht zwischen 11 und 12 Uhr abläuft. Wie wir erfahren, ist Grund, anzunehmen, daß die Waffenruhe vom 12. an um 15 Tage verlängert wird.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 7. Juni. (Nat.-Ztg.) Der Bruch mit Rom ist vollbracht; das „Journ. de St. Petersbourg" meldet heute die Abberufung der dortigen russischen Gesandtschaft. Während diese Meldung mit gesperrter Schrift im nichtamtlichen Theil des „Journals" zu lesen, wird im amtlichen dem Baron Kisseleff und Hrn. v. Balabine, Gesandten in Rom und Wien, eine unbestimmte Urlaubsverlängerung, und dem Prinzen Wolkonski in Madrid eine solche für zwei Monate ertheilt. — Ein anderes Dekret verfügt die Ausgabe von drei Serien Schatzscheine (9 Millionen) zur Deckung des Defizits; nach dem Budget kommen bekanntlich im Lauf des Jahres 18 Millionen zur Ausgabe. — Ein ferneres Dekret gestattet die freie Waarendurchfuhr nach Persien über Tiflis nach Baku, und von da zu Meer nach Persien; jedoch können die Waaren nur durch russische Schiffe nach Rußland eingeführt, und nur in solchen persischen Häfen ausgeladen werden, wo russische Konsulate existiren. Nach Ablauf von sechs Monaten spätestens muß der Schiffskapitän ein Zeugniß des Konsulats beibringen, daß er die Waaren abgegeben und die Zollplomben nicht verletzt hat.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 5. Juni. (Nat.-Ztg.) Der König wird auf der Rückreise aus Norwegen auf Einladung der Stadtvertretung von Gothenburg am 9. dort einem Ball beiwohnen, auf welchem auch der Admiral Prinz Oskar, und die Offiziere des im Hakefjord stationirten Geschwaders erscheinen werden. Auch mehreren hiesigen Ministern, u. A. dem Grafen Manderström, sollen Einladungen zugegangen sein. Möglicher Weise ist es dabei auf eine politische Demonstration abgesehen. Die skandinavische Idee liegt übrigens augenblicklich in Schweden so kläglich darnieder, wie niemals zuvor. Das hiesige humoristisch-satyrische Wochenblatt „Kapten Buff" widmet Hrn. Karl Ploug mehrere Spalten der „Anerkennung", weil er endlich so offenherzig gewesen, die Unmöglichkeit einer Danisirung Südschleswigs einzuräumen und dadurch den „praktischen Skandinavismus" an der Wurzel zu erschüttern. — Die „Nya dagligt Allehanda" weiß heute als „verbürgt" zu melden, daß das Petersburger Kabinet in Anbetracht gewisser Eventualitäten schwedischer Seits das bereits beträchtliche russische Observationskorps im Großfürstenthum Finnland noch mehr verstärkt.

Christiania, 4. Juni. (Nat.-Ztg.) Dänemarks Störrigkeit zerstört nach und nach immer mehr die Sympathien, die noch vor wenigen Monaten sich im Allgemeinen hier kund gaben. Die größern Blätter rathen der Regierung auf's dringendste, eine defensive Stellung beizubehalten. „Morgenbladet" sagt am Schluß eines Artikels über die Lage: „Wir rathen zur Theilung, zur politischen und administrativen Theilung zwischen Deutsch und Dänisch, also — keine Personalunion!" Bekannt ist freilich, daß der König und Prinz Oskar sich persönlich der Kriegspartei zuneigen, und man hält es daher jetzt für eine große Unbesonnenheit, daß das letzte außerordentliche Storthing den verlangten Kredit ohne bestimmt formulirte Bedingungen bewilligt hat. Die bedeutenden Kosten für die Zusammenziehung eines mobilen Korps von nur 3000 Mann ernüchtern auch die eifrigsten Dänenfreunde.

Großbritannien.

* **London,** 9. Juni. In endlosen Variationen und in immer lauterm Ton wiederholt die konservative Presse ihre Angriffe auf die Regierung. Wenn sie großen Einfluß in Dänemark hätte, müßte die Sprache, welche der „Herald" heute führt, sehr gefährliche Hoffnungen in Kopenhagen wecken und die dortige Kriegspartei zu den äußersten Anstrengungen spornen. Er sagt u. A.:

Der Dämon der Herrschsucht ist in dem trägen deutschen Geist erweckt worden, und ein dürstiges Mahl wird ihn nicht sättigen. Die Nation hat in ihrem Wachsthum jenes Stadium erreicht, das für die Nachbarn das gefährlichste ist. Sie befindet sich in Bezug auf den Eroberungsappetit genau in derselben Verfassung, wie die französische Nation im Jahr 1791. Die Demokratie ist mächtig genug geworden, um Regierung und Adel zu schrecken und zu sklavischem Gehorsam zu zwingen. Es wäre ein verderblicher Wahn, zu glauben, daß Deutschland sich mit einem halben Bissen begnügen werde, wenn die andere Hälfte ihm einladend vor dem Mund liegt... Schlechter als jetzt können die Dinge für Dänemark nicht mehr stehen, und es gibt viele Gründe, zu glauben, daß im Fall der Erneuerung der Feindseligkeiten die Haltung der neutralen Mächte sich bessern würde. Der vorige Feldzug hatte die Stimmung Englands bis an den Rand der Explosion gebracht, gerade im Augenblick, als der Waffenstillstand geschlossen wurde. Hätte er noch eine Woche länger gedauert, so wäre die Regierung vom englischen Volk gezwungen worden, sich mit in den Kampf zu stürzen. (?!?) Der Deutschenhaß ist so hitzig unter uns (?), daß nur wenig Herausforderung mehr nöthig ist, das Gefühl zur Flamme zu entfachen. Nur durch die stete Hoffnung, daß die Befreiung der Dänen auf friedlichem Weg bewerkstelligt werden würde, hat die Nation sich bisher abhalten lassen, auf thätliche Maßregeln zu dringen. Wenn aber einmal die Hoffnung auf eine friedliche Lösung dahin ist, so können wir nicht glauben, daß das englische Volk sich seinen politischen Ueberlieferungen (gegen Dänemark?) untreu oder seines alten Ruhms unwürdig zeigen werde. Jedenfalls ist es die letzte Chance, welche die Dänen haben.

Der konservative „Standard", dem es vorzugsweise darum zu thun ist, Hrn. Disraeli gegen die Kritik Lord Palmerston's und der „Times" zu vertheidigen, sagt:

Habemus confitentem. Mit einer Verwegenheit, die selbst in der Geschichte Whiggistischer Schamlosigkeit selten ihres Gleichen gehabt hat, gesteht das Hauptorgan der ministeriellen Partei [die „Times" in der gestrigen Nummer] die Wahrheit aller gegen Lord Palmerston's Regierung erhobenen Anklagen ein; es erklärt, daß sie vor Deutschland gekrochen ist und Dänemark verrathen hat. Die Regierung hat uns durch die Konferenz eine unendlich mehr entehrende Stellung bereitet, als diejenige war, in der wir uns vor drei Monaten befanden. Früher unterließen wir es blos, unsere Drohungen gegen die Missethäter zu verwirklichen; jetzt machen wir uns zu Mitschuldigen des Verbrechens. Man hätte denken sollen, daß die Schuldigen unter solchen Umständen wenigstens den Verstand haben werden, bescheiden zu sein. Statt dessen machen sie der Opposition den höhnischen Vorwurf, daß es ihr nicht gelungen sei, die Regierung zu einer redlicheren Politik zu zwingen; ja, sie erklären, sie hätten ihre gegenwärtige Politik aus Rücksicht auf die Wünsche des Landes eingeschlagen... Von der Opposition verlangen sie jetzt, daß sie sage, was geschehen solle. In diesem Augenblick kann weder Disraeli noch sonst Jemand sagen, was eigentlich geschehen sollte. Niemand weiß, wie weit wir gebunden sind, oder welcher ehrenhafte Weg uns offen stehen mag. Klar ist nur dem blödesten Verstande, daß Lord Palmerston und Lord Russell eine ganz und schmachvoll falsche Politik befolgt haben u. s. w.

Den kriegslustigen oder Kriegslust affektirenden Danomanen ruft der „Advertiser" zu:

Die Washingtoner Regierung hat jetzt mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber wenn England mit 50 Millionen Deutschen Krieg anfängt, so ändert sich die Sache. Unsere ganze Flotte wäre erforderlich, um die deutschen Häfen zu blockiren (!), unser ganzes disponibles Heer, um Kopenhagen zu schützen. Dann hätte Hr. Seward sogleich eine neue Gelegenheit. Der Gedanke, den er vor 7 Jahren erörterte, würde gleich wieder zu einem Lieblingsprojekt werden: „Entlaßt den Süden aus der Union, und laßt Canada dafür eintreten!" Sobald er England in einen europäischen Kampf verwickelt sähe, würde er 5 Mill. Dollars Entschädigung für die von der „Alabama" angerichteten Verheerungen fordern. Zur Antwort auf unsere Weigerung würde er Hrn. Lincoln den Rath geben: „Bieten Sie dem Süden Friedensbedingungen an und lassen Sie 200,000 Mann nach Canada marschiren." England wäre dann im Kriege mit zwei großen Nationen zugleich, und wenn Frankreich Lust bekäme, eine unbillige Forderung zu erheben, so hätte England die Wahl, entweder sich der französischen Anmaßung zu fügen, oder Krieg mit der ganzen Welt zu führen.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 6. Juni. 18. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer.

Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großh. Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Regierungskommissär: H. Staatsrath Dr. Lamey.

Nach Eröffnung der Sitzung wird vom Sekretariat vorgelegt:

Eine durch den Hrn. Abg. Knies übersendete Petition des Gemeinderaths von Ihringen, Wasenweiler und Gottenheim, die Erbauung einer Eisenbahn von Freiburg nach Breisach betr.

Dennig beantragt, die Budgetkommission um ein weiteres Mitglied zu verstärken.

Artaria stellt den Antrag, in die Eisenbahn-Kommission zwei weitere Mitglieder zu wählen.

Beide Anträge werden genehmigt.

Die Spezialdebatte über die Kommissionsanträge bezüglich der Motion des Geh. Raths Dr. Bluntschli wird hierauf fortgesetzt.

Zu I. 1. c. der Anträge.

Geh. Rath v. Mohl macht darauf aufmerksam, ob man hier nicht die Wahl nach dem System von Hare geschehen lassen sollte.

Hofrath Dr. Schmidt: Die Kommission habe diesen Punkt in den Anträgen nur erwähnt, um ein klares Bild davon zu geben, wie sie sich diese neue Vertretung vorstelle — sie sei aber nicht der Meinung gewesen, daß solche Detailbestimmungen in die Adresse aufgenommen werden sollten.

Geh. Rath Dr. Bluntschli. Durch jenes System werde allerdings den Minoritäten, den verschiedensten Elementen eine verhältnißmäßige Geltung verschafft, und es wäre wohl der Mühe werth, zu sehen, wie sich das in der Praxis mache. Danach sei nämlich für das ganze Land nur eine Wahlversammlung und Jedem gestattet, zu besprechen, wie er in erster, dann in zweiter, dritter Linie u. s. f. gewählt wünsche; es werde die Stimmenzahl festgesetzt, die nöthig sei, um als gewählt zu gelten, und wenn diese von dem Erstgenannten erreicht sei, werde sofort auf den Zweiten übergegangen, so daß also Jeder sein volles Stimmrecht auszuüben in der Lage sei.

Se. Durchl. Fürst v. Löwenstein gibt diesem System seine volle Zustimmung. Auch die Darmstadter Kammer habe sich dafür ausgesprochen.

Graf v. Hennin erklärt sich gegen die Forderung der absoluten Stimmenmehrheit und wünscht die bisherige Wahlordnung erhalten.

Hofrath Dr. Schmidt: Doch würden solche Wünsche wohl nicht in die Adresse aufgenommen werden sollen?!

Staatsrath Dr. Lamey: Ich bin ebenfalls der Meinung, solche Detailbeschlüsse sollten nicht gefaßt werden; namentlich würde ich die Annahme des von Hrn. v. Mohl empfohlenen neuen Systems ohne nähere Prüfung für bedenklich halten.

Lit. c. d. der Kommissionsanträge werden angenommen.

Zu lit. e.

Graf Hennin hält es der Billigkeit für entsprechend, daß den bisherigen Grundherren vor den übrigen Großgrundbesitzern eine gewisse Bevorzugung eingeräumt werde, und beantragt, die Kammer möge den Wunsch zu Protokoll erklären, daß die Uebergangsbestimmungen:

1) In so lange die Gesetzgebung die Errichtung von Stammgütern mit einem Minimum von etwa 25,000 fl. nicht gestattet, sollen die bisherigen grundherrlichen Großgrundbesitzer ebenso betrachtet werden,

als hätten sie gebundenen Besitz in diesem die Wählbarkeit bedingenden Betrag.

2) Daß die jetzt wahlberechtigten Grundheiren, so lange sie leben, von dem aktiven und passiven Wahlrecht Gebrauch machen können, wenn sie wenigstens das für die Zweite Kammer erforderliche Grundsteuerkapital von 10,000 fl. versteuern,

als der Billigkeit entsprechend empfehlenswerth erachtet würden.

Faller ist der Ansicht, daß eine unbedingte Gestattung, Stammgüter zu errichten, worauf der Bericht S. 5 hinweise, kaum günstig im Volke aufgenommen würde; denn zu große, in fester Hand vereinigte Güterkomplexe böten neben unläugbaren Vortheilen doch auch große Nachtheile. An die Stelle eines unabhängigen Bauernstandes trete ein abhängiger Pächterstand, und da die meisten Besitzer solcher Güterkomplexe als Ausmärker erschienen, so trügen sie an den Gemeindelasten nicht den Theil, wie die Ortsbürger.

Doch legt Redner darauf nicht den größten Werth. Allein Güter in fester Hand entzögen sich der Liegenschaftsaccise, die eine Haupteinnahmequelle des Landes sei — aber am wenigsten den Anforderungen eines gerechten Steuersystems entspreche. Je mehr aber dieser Uebelstand zu Tage trete, desto eher werde auf Abänderung zu hoffen sein. Gestatte man dagegen die Errichtung von Stammgütern, so werde sich dieser Uebelstand dem Auge viel mehr entziehen.

So lange also die Liegenschaftsaccise bestehe, möchte Redner keine Aenderung der Gesetzgebung über die Errichtung von Stammgütern befürworten. (Fortsetzung folgt).

†† Karlsruhe, 11. Juni. 57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; der Präsident des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Roggenbach; Ministerialrath v. Dusch.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Gemeinde Haßmersheim, Amts Mosbach, um Nichtgenehmigung des mit Württemberg abgeschlossenen Staatsvertrags über die Meckesheim-Jartfelder Eisenbahn.

2) Bitte der Gemeinde Waldkirch um Beschleunigung der Schulreform; übergeben vom Abg. Meyr.

Abg. Bär zeigt den druckfertigen Bericht über die Feuerversicherungs-Motion, Abg. v. Feder den Bericht der Reklamationskommission, Abg. Kirsner für den Abg. Häusser den Bericht über die Untersuchung verschiedener Gebirgsbahnen an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Kuntz erstatteten Berichts über die von der großh. badischen Regierung mit der k. k. österreichischen und der k. preußischen Regierung abgeschlossenen Etappenkonventionen.

Der Kommissionsbericht bemerkt hierüber:

„Bei beiden Konventionen ist bezüglich der Entschädigung für in Anspruch genommene Naturallieferungen der Grundsatz der Gleichstellung der Bundestruppen mit den eigenen Landestruppen festgehalten, und Ihre Kommission kann sich damit nur einverstanden erklären, indem eine andere Behandlung der Truppen deutscher Verbündeten, welche größtentheils in Folge von Bundespflichten durch das Großherzogthum gelangen müssen, nicht wohl zu rechtfertigen wäre.

Nur für jene Leistungen, für welche, weil sie bei uns in der Regel nicht vorkommen, oder nach den Einrichtungen im Großherzogthum von der Militärverwaltung selbst geliefert zu werden pflegen, unsere Gesetze keine Bestimmung enthalten, sind besondere Tarife vereinbart, welche den in solchen Fällen verlangten Leistungen entsprechend erscheinen.

Wenn nun auch anzunehmen ist, daß mit der gesetzlichen Entschädigung für die Naturalleistungen den Quartiergebern der wirkliche Aufwand vergütet wird, so läßt sich doch nicht verkennen, daß solche Einquartierung oft die Familien stört, und dadurch eine Last wird, weßhalb es bei diesen Vereinbarungen die Aufgabe der großh. Regierung war, die Einquartierung den Landeseinwohnern so viel als möglich zu ersparen. In richtiger Würdigung dessen wird in den vorliegenden Konventionen bestimmt, daß bei jenen Strecken, durch welche die Eisenbahn zieht, dieselbe in der Regel zu Truppentransporten verwendet wird, während die daneben laufenden Etappenstraßen nur für einzelne Transporte von Munition und Pferden benützt werden, deren Beförderung auf der Eisenbahn nicht thunlich erscheint.

In der Konvention mit der königlich preußischen Regierung vom 12. August 1861 wurde für die aus den hohenzollern'schen Landen nach Rastatt und andern preußischen Gebietstheilen und umgekehrt marschirenden Truppen die Straße von Sigmaringen über Meßkirch, Stockach, Engen, Donaueschingen, Neustadt nach Freiburg als Etappenstraße bewilligt, welche $30\frac{3}{4}$ Stunden lang das badische Gebiet durchzieht, wobei jedoch vorbehalten wurde, eine kürzere Etappenstraße zu vereinbaren, sobald die königlich preußische mit der königl. württembergischen Regierung eine Konvention über den Durchmarsch preußischer Truppen durch württembergisches Gebiet abgeschlossen haben werde. Nachdem dieser Fall wirklich eingetreten war, wurde in der Uebereinkunft vom 5./29. April 1862 für alle von den hohenzollern'schen Landen nach Rastatt und umgekehrt bestimmten Truppentransporte in der Regel die Straße von Freudenstadt über Baiersbronn, Mitteltal, Ruhestein, Seebach, Ottenhöfen, Kappelrodeck nach dem Bahnhofe in Achern als Etappenstraße festgesetzt, auf welcher das badische Gebiet nur auf eine Länge von $4\frac{3}{4}$ Stunden berührt wird.

In der Uebereinkunft vom 23. März und 8. April 1863 sind die in der ersten Konvention §. 1 III. a. b. c. bewilligten Etappenstraßen näher spezifizirt unter Angabe der Entfernungen nach badischen Wegstunden, und da inzwischen die Eisenbahn von Maxau nach Karlsruhe in Betrieb gesetzt war, so ward auch bezüglich dieser Strecke bestimmt, daß zu Truppentransporten von der Knielinger Brücke (Maxau) nach Rastatt und umgekehrt die Eisenbahn zu benützen ist, während die Landstraße in der Regel nur für einzelne Transporte von Munition und Pferden, deren Beförderung auf der Eisenbahn nicht thunlich erscheint, gebraucht werden solle.

Die übrigen Artikel enthalten nähere Bestimmungen über die Ausführung der Märsche k. k. österreichischer und k. preußischer Truppen durch das Großherzogthum, bei welchen Ihre Kommission nichts zu erinnern gefunden hat, solche vielmehr für zweckmäßig hält, weßhalb sie den Antrag stellt:

Das hohe Haus wolle den vorgelegten, zwischen der großh. Regierung und der k. k. österreichischen und k. preußischen Regierung abgeschlossenen Etappenkonventionen sammt den beiden spätern Vereinbarungen mit der letztern die nachträgliche Zustimmung ertheilen."

Abg. Bär wünscht Auskunft darüber, wie es komme, daß die Etappenstraße von Sigmaringen über Donaueschingen-Neustadt-Freiburg nach Rastatt, welche 59 Stunden lang sei, nicht vollständig außer Wirksamkeit gesetzt wurde, nachdem in der neuesten Konvention Preußen eine neue Etappenstraße von Sigmaringen über Freudenstadt, Beiersbronn und Achern nach Rastatt zugegeben wurde, welch letztere nur eine Länge von 38 Stunden besitzt. Es wäre wohl das Aufgeben der Etappenstraße über Freiburg um so weniger zu beanstanden gewesen, da das Einhalten dieser letztern Straße ja für Preußen selbst mit weit größern Kosten verbunden ist, als wenn die Straße über Freudenstadt und Achern eingeschlagen wird.

Der Präsident des Ministeriums des Auswärtigen, Frhr. v. Roggenbach, erwiedert, daß die Etappenstraße über Freiburg nur für außergewöhnliche Fälle, wo der Gebrauch der andern nicht thunlich, dienen solle.

Abg. Kopfer glaubt, daß die festgesetzte Einquartierungsvergütung von 24 kr. per Tag namentlich in den Städten nicht ausreiche, und wünscht, daß in größeren Städten eine größere Entschädigung geleistet werde.

Abg. Kirsner erklärt sich gegen eine Unterscheidung zwischen größeren und kleineren Städten.

Abg. Roßhirt: Der schnellste und naturgemäßeste Weg wäre doch auf der Eisenbahn über Bruchsal, Tübingen nach Hohenzollern.

Abg. Fischler erklärt sich in gleichem Sinne.

Staatsrath Dr. Lamey: Der Weg über Bruchsal wird in der Regel der sein, welcher eingeschlagen werden wird, wenn die Truppen von Mainz kommen, nicht aber, wenn von Rastatt.

Die Bemerkung des Abg. Kopfer betreffend, so könne man dem Grundsatz der Gleichstellung der Bundestruppen mit den Landestruppen nicht entgegenhandeln.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird der Kommissionsantrag auf nachträgliche Zustimmung einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung.

† Karlsruhe, 11. Juni. 21. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag den 14. Juni, Morgens 10 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget des großh. Kriegsministeriums für die Jahre 1864 und 1865; erstattet von Oberst Keller. 3) Berichte der Petitionskommission.

†† Karlsruhe, 11. Juni. 58. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 13. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Berathung des Berichts der Budgetkommission über das ordentliche Budget der Post-, Eisenbahnbetriebs- und Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, über das außerordentliche Budget der Eisenbahnbetriebs-Verwaltung, über das Budget des umlaufenden Betriebsfonds der Post- und Eisenbahnbetriebs- und der Bodensee-Dampfschifffahrts-Verwaltung, sowie über das Budget über den Antheil Badens an dem Reinertrag der Main-Neckar-Eisenbahn und ihres Staatstelegraphen für die Jahre 1864 und 1865; erstattet von dem Abg. Friderich.

Vermischte Nachrichten.

— Speyer, 8. Juni. Die pfälzischen Eisenbahn-Direktionen haben seit dem 1. Juni nun auch Retourbillette mit Preisermäßigung und mehrtägiger Giltigkeitsdauer eingeführt.

— Aus Hadersleben, Ende Mai, wird der „Kreuzztg." geschrieben: Eine der hier thätigen Diakonissen, Elise Hepp, ist in Folge der großen Anstrengungen bei der Pflege der Verwundeten dem Typhus erlegen. Elise Hepp stammt aus einer alten Pfarrerfamilie in der bayrischen Rheinpfalz. Sie hatte schon länger als zwei Jahre als Diakonissin in der Berliner Charité gewirkt, als sie nach Schleswig berufen ward. Sie hatte ihre Wirksamkeit in den letzten Wochen des Februars in Hadersleben erhalten, wo ihr mit drei andern Diakonissen die Pflicht oblag, die verwundeten Krieger zu pflegen, deren Zahl täglich 100 bis 110 waren. Auch sie starb auf ihrem Feld der Ehre Gottes, und so hat sie auch ihre Ruhestätte unter Kriegern gefunden. Rechts von ihr liegen die Preußen, links die Oesterreicher, welche in Haersleben beerdigt sind. Das Begräbniß war rührend und feierlich. Dänische und deutsche Damen hatten die Kränze gesandt, die ihren Sarg bedeckten. Ein österreichisches Musikkops stimmte den Choral an. Drei Geistliche, der dänische und die beiden deutschen, der evangelische und der katholische, folgten. Mit ihnen begleiteten den Zug General Graf Gondrecourt, der Stadtkommandant, der Johanniterritter Graf Wrschowetz und andere hohe Offiziere. Die Diakonissen aus Apenrade und Kolding waren zur Beerdigung gekommen.

— Paris, 9. Juni. Einem Bericht der „Köln. Ztg." über die Hinrichtung La Pommerais entnehmen wir Folgendes:

Gestern Abend gegen 5 Uhr war der Generalprokurator durch ein Schreiben benachrichtigt worden, daß der Kaiser das Gnadengesuch des zum Tod Verurtheilten verworfen habe, worauf sofort die nöthigen Befehle ertheilt wurden, damit bei Anbruch des nächsten Tages der Mörder der Frau de Pauw seine Schuld sühne. Nach Mitternacht begaben sich der Scharfrichter und seine Knechte nach der Roquette; ein Wagen mit der Guillotine folgte ihnen. Gegen $1\frac{1}{4}$ Uhr wurde mit dem Aufschlagen derselben begonnen. Das dumpfe Geräusch, welches diese Arbeit immer begleitet, hallte über den ganzen Fauburg dahin und schreckte die Bewohner desselben aus dem Schlaf. Die Menge, welche dieses blutige Schauspiel nach dem Place de la Roquette gelockt hatte, war ungeheuer groß, und schon von 9 Uhr Abends an standen zahlreiche Gruppen auf demselben. Als der Scharfrichter mit seinen Knechten erschien, der Platz auf beiden Seiten militärisch abgesperrt wurde (es waren Gardes de Paris zu Fuß und zu Pferd, sowie zahlreiche Polizeiagenten, welche den Dienst versahen), und es ganz sicher war, daß La Pommerais' letzte Stunde geschlagen habe, wurde die Menge immer größer. Bald waren der ganze Platz, sowie die anstoßenden Straßen voller Menschen, und als nach 4 Uhr immer mehr Neugierige von allen Seiten herbeieilten, waren die Wagen genöthigt, bis zum Boulevard Eugène zurückzufahren, welcher bald das Aussehen hatte, wie an den Tagen, wo im Bois de Vincennes Wettrennen stattfanden. Die Menge selbst war eine sehr gemischte. Neben dem Gesindel der Faubourgs bemerkte man eine große Anzahl augenscheinlich der eleganten Welt angehöriger Leute, darunter viele vornehme Damen, die sich vergebens bemühten, unter der Toilette ihrer Kammerzofen ihren Rang und Stand zu verbergen. Die Damen der Demi-Monde u. s. w., welche sich ebenfalls eingefunden, hatten ihre extravaganten Toiletten nicht abgelegt, und Mancher merkte man es an, daß sie aus dem Maison dorée, aus dem Café anglais oder von Bachelle kamen, dieser Etablissements, welche, die einzigen noch in Paris, die ganze Nacht offen bleiben dürfen. Die Arbeiter waren ebenfalls zahlreich vertreten, wie auch die Frauen aus dem Volk, von denen viele ihre Kinder mitgeschleppt hatten. Der Anblick, den der Place de la Roquette darbot, war, offen gestanden, nicht herzerhebend. Wenn die Menge noch ruhig des Augenblicks geharrt hätte, wo der menschlichen Justiz Gerechtigkeit geworden wäre, so hätte man es sich noch gefallen lassen können, aber das Ganze bot das Schauspiel einer dem Aufziehen des Vorhangs ungeduldig harrenden Menge dar.

Wenn nun das Schauspiel, das der Place de la Roquette darbot, uns die Menschen von ihrer schlechtesten Seite zeigte, so war das Bild, das sich im Innern des Gefängnisses La Roquette entfaltete, ebenfalls kein erquickliches. La Pommerais, der die Nacht über — er ahnte nicht, daß sein letzter Morgen schon herangenaht — wenn auch unruhig, aber doch geschlafen hatte, blieb bis zum Schluß seiner Rolle getreu. Etwas nach 5 Uhr kündigte ihm der Gefängnißdirektor an, daß er sich zu seinem letzten Gange vorbereiten müsse. Er wurde bleich, faßte sich aber wieder, und als der Chef der Sicherheitspolizei, Claude, ihn fragte, ob er Enthüllungen zu machen habe, antwortete er: „Ich habe Alles gesagt, was ich zu sagen hatte", indem er hinzufügte: „Non, je ne suis pas coupable." Später warf er sich aber an die Brust des Hrn. Roze, des Almoseniers des Gefängnisses, blieb auch zehn Minuten lang mit ihm allein, aber von wirklicher Reue kann wohl nicht die Rede gewesen sein, obgleich er den letzten Segen des Priesters empfing, und dieser gesagt haben soll, daß er mit ihm zufrieden sei. Wie auch der schlechteste Mensch, so hatte auch La Pommerais ein menschliches Gefühl: er scheint seine Frau geliebt zu haben. Als der Scharfrichter seine Toilette machte, und ihm die Haare abschnitt, nahm er eine Locke und übergab sie dem Abbé Roze, damit er sie seiner Frau einhändige, und als er beim Besteigen des Schaffots den Abbé zum letzten Mal umarmte, sagte er zu ihm: „Je vous embrase pour Clotilde." (So ist der Vorname seiner Frau.) Diese Rührung, von der La Pommerais kurz vor seinem Tode ergriffen wurde, darf man ihm aber nicht zu hoch anrechnen; er wandte sich an den letzten Mann, der ihm einige Zuneigung bezeigte. Noch am Tage vorher — er weigerte sich auch, das Abendmahl zu nehmen, und wurde nicht, wie es sonst Sitte ist, vor seiner Hinrichtung in die Kapelle der zum Tode Verurtheilten geführt — hatte er auf die Frage, ob er die Unterstützung der Religion wünsche, den Gefühlen getreu, die er während der Untersuchung kund gegeben, geantwortet: „Bah! La réligion c'est bon pour les enfants." Von dem Augenblick an, wo La Pommerais dem Henker übergeben wurde, sprach er kein Wort mehr. Seine Energie schien gebrochen, obgleich er sich noch fortwährend bemühte, seine Haltung zu bewahren. Während seiner Toilette bot man ihm Erfrischungen an. Er wies sie ab. Es war, als ob er fürchtete, durch irgend eine selbständige Handlung seine letzte Energie zu verlieren. Während der Scharfrichter seine Toilette machte, sprach er nur drei Worte. Er überreichte, wie schon oben bemerkt, dem Almosenier eine Haarlocke, als ihm der Scharfrichter seine Haare abschnitt, indem er mit leiser Stimme hinzufügte: „Pour ma femme". Er hatte dieselbe gestern noch einmal gesehen. Sie hatte die Ermächtigung erlangt, ihn zu sprechen. Er sah sie jedoch nur — der alte La Pommerais begleitete sie — in einer engen Zelle, durch ein enges Drahtgitter von ihr getrennt.

Einige Minuten vor 6 Uhr öffneten sich die Pforten des Gefängnisses. Hier war es wieder wie im Theater La Gaïté. Von allen Seiten erklang, gerade, wie wenn der Theatervorhang sich erhebt, ein zufriedenes Ah! und dann die Worte: Le voilà! Le voilà! Die neugierige Menge drängte sich wild gegen die Pariser Garden, die sie nur mit Mühe zurückhalten konnten, und Alle, selbst die vornehmen Damen, drängten sich vor, um nichts von der Szene zu verlieren. Aber die Neugierde der Meisten wurde nicht befriedigt. Obgleich es ganz heller Tag war — Orsini und Pieri hatte man hingerichtet, als noch Halbdunkel herrschte —, so ging doch Alles so rasch vorwärts, daß man kaum etwas gewahr werden konnte. Der Verurtheilte erschien, sich auf einen der Kerkermeister und den Abbé Roze stützend. Er war in Hemdsärmeln. Man hatte ihm jedoch einen Rock über die Schultern geworfen, den der Scharfrichter im Augenblick wegnahm, als er die ersten Stufen des Schaffots bestieg. Als er die wilden Rufe der Menge vernahm, die er, obgleich sie nur Theaterskandal waren, für ein Gottesurtheil halten konnte, erbleichte er und ließ den Kopf zur Seite hängen. Doch ging er noch, wie er es auch im Innern des Gefängnisses gethan, festen Schrittes vorwärts. An den Stufen des Schaffots angekommen, umarmte er, wie schon gesagt, den Almosenier. Von da ab schien er allen Muth verloren zu haben. Er hatte das Aussehen einer Leiche, und auf den Arm des Scharfrichters und eines seiner Knechte gestützt, wurde er die Stufen hinaufgetragen. Nach einigen Sekunden war Alles vorüber und die neugierige Menge konnte wenig oder nichts sehen. Die sterblichen Ueberreste wurden nun sofort in den Karren geworfen, um nach dem Kirchhof Montparnasse, wo sich der Begräbnißplatz der Hingerichteten befindet, gebracht zu werden. Der Almosenier Roze und der Vater des Hingerichteten begleiteten ihn in einem Fiacre. Außer dem Scharfrichter und seinen Knechten begleiteten ihn noch 4 Gendarmen. Das war sein ganzes Geleite.

Kaum war sein Kopf gefallen, so drängte sich die Menge nach dem Schaffot hin. Die Soldaten und Polizeiagenten leisteten Widerstand. Es kam zu den ignobelsten Szenen, ganz würdig derer, welche seit drei Tagen auf dem Platze de la Roquette vorfielen. Aber die Soldaten blieben Herr des Platzes und die Menge wurde langsam zurückgedrängt. Die sterblichen Ueberreste La Pommerais sind von seiner Familie reklamirt worden. Man wird sie derselben ausliefern.

— Die russische Armee zählte nach offiziellen Angaben Anfangs 1863 1) mobile Truppen 457,875 Mann, 2) schlagfertige Truppen in den Standorten 100,285 Mann, 3) Reserve- und irreguläre Truppen 254,036 Mann, zusammen 812,196 Mann; im Frühjahr 1864 1) mobile Truppen 808,670 Mann, 2) schlagfertige Truppen in den Standorten 127,925 Mann, 3) Reserve- und irreguläre Truppen 199,380 Mann, zusammen 1,135,975 Mann.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Germania", Kapitän Schwensen, von der Linie der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktiengesellschaft, am 29. Mai von Neu-York abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen und 10 Stunden am 9. Juni 2 Uhr Morgens wohlbehalten in Cowes Rhede angekommen und hat die Reise nach Hamburg fortgesetzt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10. Juni.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 7,10'''	+13,0	N.O.	ganz bew.	trüb, mild
Mittags 2 „	„ 7,67'''	+14,0	„	„ „	„ „
Nachts 9 „	„ 8,63'''	+13,0	„	„ „	„ Landregen.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Z.k.459. **Bruchsal.** Freunde und Bekannte benachrichtige ich hiemit von dem heute früh 5 Uhr nach mehrmonatlicher Krankheit erfolgten Hinscheiden meiner lieben Gattin, und bitte zugleich um stille Theilnahme.

Bruchsal, den 10. Juni 1864.

Ernst W. Katz, Buchhändler
mit m. Kindern.

Z.k.365. Eben erschien und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Karlsruhe** vorräthig in der **G. Braun'schen Hofbuchhdlg.**:

Jäger, Prof. Dr. **Die Emanzipation der Schüler eine Forderung der Zeit.** Ein Wort an Eltern und Lehrer. brosch. 45 kr.

Wilh. Nitzschke Verlag in Stuttgart.

Z.k.430. **Freiburg.** Bei **Rudolph Mayer** ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Quintus Horatius Feldbausch

zu Karlsruhe.

Eine Ferienschrift von
Dr. Anton Baumstark,
ord. öff. Professor der Philologie an der Universität zu Freiburg.
Preis 18 Kreuzer.

Z.k.452. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Mit dem 15. Juni l. J. wird für die Beförderung von **Baumwollenwaaren** in jeder Quantität zwischen verschiedenen **Schweizer-**, bezw. **Bodenseeufer-Plätzen** und **Mannheim** ein **Uebernahmstarif** mit ermäßigten Frachtsätzen in Wirksamkeit treten.

Die diesseitigen Güterexpeditionen zu Mannheim, Waldshut, Schaffhausen und Konstanz werden Exemplare fraglichen Tarifs auf Anfordern unentgeltlich abgeben.

Karlsruhe, den 10. Juni 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
V. V. d. D.
Poppen.

Schneider.

Offene Lehrstelle.

Z.k.420. In einer kleinen Stadt ist in einem frequenten gemischten Waarengeschäfte für einen braven jungen Mann von achtbaren Eltern eine Lehrstelle offen. Näheres ertheilt die Expedition dieses Blattes.

Z.k.259. Baden-Baden. Ein

Volontair, welcher der französischen Sprache vollkommen mächtig ist, wird zum sofortigen Eintritt gesucht in die gemischte Waarenhandlung von **Karl Dürr** Sohn in **Baden-Baden.**

Z.k.362. Cöln. Für mein

Ausländisches Weingeschäft suche ich einen gewandten, durchaus zuverlässigen, mit der Geschäftsbranche vertrauten **Reisenden** für **Süddeutschland.**

Franko Offerten erbitte mit Angabe der seitherigen Wirkungskreise.

Cöln, im Juni 1864.

Johann Adam Roeder.

Z.k.412. Kehl. Ein tüchtiger

Seifensiedergesell

findet Beschäftigung bei **Jos. Schick** in Kehl.

Z.k.315. Karlsruhe.

Patentirte Glas-Apparate

zur Selbstbereitung von **moussirendem Mineralwasser, Limonade Gazeuse, moussirenden Weinen, Soda-Water** 2c.
neuester Konstruktion empfehlen

F. Mayer & Comp.,
großh. Hoflieferanten.

Z.k.390. Karlsruhe.

Billige Tapeten.

Eine große Parthie schöne und gute Tapeten haben wir wegen neuer Anlage unseres Lagers zum billigen Verkauf ausgesetzt.

Haßlinger & Comp.

Z.k.492. Karlsruhe.

Neue Häringe,

russ. Sardellen, Sardines à l'huile, Sardellen, franz., sind wieder eingetroffen bei

Ph. Daniel Meyer, großh. Hoflieferant.

Z.k.466. Baden-Baden.

Zu verkaufen

das Haus Nr. 313 Lichtenthalerstraße in Baden-Baden.

Z.k.457. Rastatt.

Pferdverkauf.

Herr Thierarzt Hördt in Rastatt verkauft einen bei der **Karlsruher Pferde-Verloosung** gewonnenen 3½jährigen Schimmel-Wallach.

Z.k.424. Karlsruhe.

Wein-Verkauf.

Circa 10 Fuder Oberländer reingehaltene Weine à 15 fl. bis 20 fl. die Ohm sind zu verkaufen Langestraße 155, Karlsruhe.

Z.k.464. Karlsruhe.

Unwiderruflich bis Dienstag Abend.

Ausverkauf optischer Instrumente und Cristallbrillen.

Fernröhre, 6 Gläser und 3 Auszüge (früherer Preis 10 bis 12 fl.) jetzt 6 bis 9 fl. **Jagd- und Taschen-Fernröhre** (früher 3 fl. bis 8 fl.) jetzt 1 fl. 30 kr. bis 5¼ fl. **Theatergläser,** doppelte, (früher 9 bis 18 fl.) jetzt 6½ fl. bis 16 fl. **Marine-Fernröhre** für Entfernung von 8 bis 9 Stunden (früher 36 bis 45 fl.) jetzt 20, 25 fl. **Mikroskope,** 100-, 350-, 750maliger Vergrößerung, jetzt für 6, 10, 65 fl. **Reißzeuge** (früher 3 bis 28 fl.) jetzt 1 fl. 30 kr. bis 18 fl. **Loupen** in 25 verschiedenen Arten von 1 bis 3½ fl. **Libellen** (früher 3 bis 8 fl.) jetzt 1 fl. 30 kr. bis 5 fl. **Prismen** 1 fl. 30 kr. bis 2½ fl. **Kompasse** 1 fl. 18 kr. bis 7 fl. **Induktions-Apparate** 25 fl. **Augenspiegel** 9 fl. **Schießbrillen** (Neu) 2 fl. 30 kr. **Stereoskope** 2 fl. 30 kr. **Stereoskopebilder,** das Neueste und Interessanteste, von 9 kr., 18 kr. bis 1 fl. **Kehlkopfspiegel** 12 fl. **Lesegläser, photographische Objekte, Dosenthermometer, Thermometer** (früher 1 und 2½ fl.) jetzt 36 kr., 1 fl. 18 kr.

Cristall-Brillen, in feiner Stahleinfassung 1 fl. 45 kr., 2½ fl., Kautschuk 1 fl. 45 kr., 2 fl., Reitstahlbrillen, extra fein, 2, 3 fl., Schildkrotbrillen 3½ fl., Silberbrillen (14 Karat) 3 bis 4½ fl., Goldreitbrillen 7, 8½ fl., schwere goldene Brillen 13, 15 fl., Springlorgnetten, doppelte, 1 fl. 45 kr., 2½ fl., Penysnez (Nasenklemmer) 1 fl. 45 kr. und höher. **Cristallgläser** werden das Paar für 1 fl. 12 kr. eingesetzt.

Jakob Sachs, Hof-Optikus aus Cöln a. R.

Gasthof zum Weißen Bären (Karl-Friedr.-Str.).

NB. Es findet keine weitere Verlängerung statt.

Z.k.491. Karlsruhe.

Sichere Hilfe für Augenkranke finden alle Diejenigen, welche sich des **weltberühmten, wirklich ächten Dr. White's Augenwassers** von **Traugott Ehrhardt** in **Altenfeld** in Thüringen bedienen. Es wirkt **ohne alle nachtheiligen Folgen sicher, kräftig** und **schnell**, ist mit fürstlichem Privilegium beliehen, und kostet à Flacon nur 10 Sgr. bei dem alleinigen Verfertiger **Tr. Ehrhardt** in **Altenfeld** in Thüringen. Das Depot für **Karlsruhe** besitzt das **Kommissions-, Speditions- und Agenturgeschäft** von **C. Theodor Schell**, Amalienstraße Nr 23.

Nur noch vier Tage.

Z.k.465. **Nur noch vier Tage.**

Karlsruhe,

Ritterstraße, Ecke der Langestraße 155, im Hause des Herrn **Ph. D. Meyer,**

A la ville de Lyon.

Die Herren **Blum** von **Straßburg** haben die Ehre, ihren geschätzten Kunden mitzutheilen, daß ihr Aufenthalt in hiesiger Stadt nur noch vier Tage dauern wird. Sie bitten die geehrten Damen, sich zu eilen, um ihr großes Assortiment von gewirkten **Cachemir-Chales, Seidenzeuge, Spitzen-Chales, Rotondes** 2c. anzusehen.

Wir machen besonders aufmerksam auf eine große Auswahl von **Damenmänteln** in Seide, sowie in Tuch nach den neuesten und elegantesten Modells.

Nur noch vier Tage.

Montag, Dienstag, Mittwoch und Donnerstag.

Nur noch vier Tage.

Z.h.981. Mannheim.

Landwirthschaftliche Maschinen,

Mäh-Maschinen, Heuwende-Maschinen, Pferderechen, Dresch-Maschinen jeder Größe liefern wir zu möglich billigsten Preisen unter Garantie für gute Leistungen und beste Konstruktion.

Wir bitten, uns die Aufträge bald zu ertheilen, damit die Lieferung rechtzeitig geschehen kann.

J. P. Lanz & Cie in Mannheim,
Maschinen- & Guano-Geschäft.

Z.f.845. Bremen. **Norddeutscher Lloyd.**

Direkte Postdampfschifffahrt

zwischen

Bremen und New-York,

Southampton anlaufend:

D. **New-York,**	Capt. **G. Wenke,**	Sonntag	19. Juni.
D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend	2. Juli.
D. **Bremen,**	Capt. **C. Meyer,**	Sonnabend	16. Juli.
D. **Hansa,**	Capt. **H. J. v. Santen,**	Sonnabend	30. Juli.
D. **New-York,**	Capt. **G. Wenke,**	Sonnabend	13. August.
D. **Amerika,**	Capt. **H. Wessels,**	Sonnabend	27. August.

Passage-Preise: Erste Cajüte 150 Thaler, zweite Cajüte 110 Thaler, Zwischendeck 70 Thaler Courant, incl. Beköstigung. Kinder unter zehn Jahren auf allen Plätzen die Hälfte; Säuglinge 3 Thaler Courant.

Güterfracht: Bis auf Weiteres 2 Pfd. St. 10 Sh., resp. 3 Pfd. St. 10 Sh. mit 15 % Primage pr. 40 Cubikfuß Bremer Maße.

Nähere Auskunft ertheilen: in **Karlsruhe** die HH. Hauptagenten **A. Bielefeld** — **Franz Perrin Sohn** — **J. Stüber,** Vorstand des badischen Auswanderungsvereins; in **Bruchsal** Hr. **Alex. Levisohn;** in **Eppingen** HH. **Fleischer & Ulmann;** in **Bretten** Hr. **Jos. Gaum;** in **Ettlingen** Hr. **A. Streit;** in **Rastatt** Hr. **J. Frick:** in **Kehl** HH. **Walter & Durain.**

Die Direction des Norddeutschen Lloyd.

Bremen, 1864. **Crüsemann,** Direktor. **H. Peters,** Prokurant.

Z.f.854. **Constantin Württemberger, Speditions-Geschäft,** in **Bremen.**

Z.h.269. Mannheim.

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung** billigst zu beziehen durch

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Bad-Eröffnung

der Elisabethenquelle zu Rothenfels seit 1. Juni.

Z.k.410. Dieses heilkräftige Bad im schönen Murgthal zeigt sich besonders wirksam bei Störungen der Verdauung und daraus entspringenden Leiden, bei Blutarmuth, Bleichsucht, skrophulösen und andern Leiden der Blutmischung, besonders nach der englischen Krankheit der Kinder, deßgleichen der Nervenleiden. Besonders eignet sich der Aufenthalt auch für Rekonvaleszenten aus schweren Krankheiten.

Täglich zweimaliger Postverkehr mit den Eisenbahnstationen Rastatt und Muggensturm.

Alle Arten von Mineralwasser. Kalte Murgbäder.

J. Bächle.

Bad Freiersbach.

Z.k.460. Meine Badanstalt ist seit dem **1. Juni** wieder eröffnet. Ich mache nur auf meine **vier**, sowohl quantitativ als auch qualitativ sehr verschiedene Quellen, wie solche **nirgend** sonst vorkommen, aufmerksam, und enthalte mich allen sonstigen Anpreisungen.

Herr Badearzt Dr. Haberer besorgt die ärztliche Leitung der Anstalt, während ich bemüht sein werde, meine verehrlichen Gäste aufs beste zu befriedigen.

Dreimal täglich Postomnibus-Verbindung mit der Eisenbahnstation Appenweier.

Näheres besagen die Tarife der großh. bad. Staatseisenbahnen.

Bad Freiersbach, im Juni 1864.

Börsig,
Badeigenthümer.

Z.h.281. Mannheim.

Knochenmehl

in verschiedenen Sorten billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

Z.k.71. **Schweiz. Interlaken** (Berner Oberland).

Hotel de Belle vue.

Eröffnung den 1. Juni 1864.

Bestens empfohlen

Hermann,

während 12 Jahren Geschäftsführer des Hotels Jungfrau Interlaken.

Omnibus des Hotels bei den Landungsplätzen der Dampfboote.

NS. Zugleich empfehle ich meine Besitzung Campagne Felsenegg als Familien-Pension. Vorherige Bestellung der Appartements dürfte im Interesse der Familien liegen. **Ob.**

Z.k.337. Lahr.

Fabrik-Verkauf.

Wegen Uebersiedelung nach Amerika sind wir gesonnen, unser hiesiges Anwesen zu verkaufen. Dasselbe liegt am Ende der Stadt am Gewerbskanal und besteht aus mehreren massiv in Stein von uns hergestellten Gebäuden mit großen Sälen, worin wir mit 120 Webstühlen arbeiteten, nebst schönen Magazinen und besonderm Farbhaus.

Es ist umgeben von ca. 3 Morgen Garten und Wiesen an beiden Ufern des Schutterkanals, und also zu jeder Erweiterung geeignet.

Wir laden Lusttragende zur Ansicht ein und sind zu weiterer Auskunft gerne bereit.

Lahr, den 3. Juni 1864.

Gebr. Zürcher.

Z.k.455. Lichtenthal.

Oelmühle-Verkauf.

Der Unterzeichnete beabsichtigt, seine in Oberbeuern an der Oosbach gelegene Oelmühle mit Hanfreibe, mit 1 Viertel Haus- und Wiesenplatz aus der Hand zu verkaufen. Das Werk ist überschlichtig, im besten Zustand, und besitzt mehr als hinreichende Wasserkraft, eignet sich zu jedem andern Gewerbsbetrieb. Hiezu Lusttragende wollen sich an den Eigenthümer wenden.

Lichtenthal, den 10. Juni 1864.

Bernhard Geßler,
Oelmühle-Eigenthümer.

Z.k.334. Nr. 1094. Lörrach.

Vergebung von Bauarbeiten.

Nachgenannte Arbeiten zur Errichtung

eines Kreisgerichts-Gebäudes in Lörrach

sollen auf schriftliches Angebot vergeben werden:

1) Die Maurerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 15,917 fl. 40 kr.
2) die Steinhauerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 13,920 fl. 53 kr.
3) die Zimmermannsarbeit, im Anschlag zu . . . . . 6,857 fl. 13 kr.
4) die Schmiedarbeit, im Anschlag zu . . . . . 222 fl. 15 kr.
5) die Schieferdeckerarbeit, im Anschlag zu . . . . . 1,372 fl. 12 kr.
6) die Gypserarbeit, im Anschlag zu . . . . . 3,557 fl. 51 kr.
7) die Pflästererarbeit, im Anschlag zu . . . . . 279 fl. — kr.

Pläne, Voranschlag und Uebernahmsbedingungen liegen bei diesseitiger Stelle zur Einsicht auf.

Die Angebote sind nach Prozenten des Voranschlags aufzustellen und längstens bis

14. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr,

versiegelt und portofrei hier einzureichen.

Lörrach, den 1. Juni 1864.

Großh. bad. Bezirks-Bauinspektion.
Hemberger.

Z.i.109. Nr. 5521. Tauberbischofsheim. (Aufforderung.) Die erbsäbigen Verwandten des zu Dittwar verstorbenen Joseph Anton Rudolph haben auf die Erbschaft verzichtet, und die Wittwe desselben hat den Nachlaß übernommen, sofort um Einweisung in die Gewähr nachgesucht.

Diesem Gesuch soll entsprochen werden, wenn nicht etwa

innerhalb 14 Tagen

Einsprache dagegen erhoben wird.

Tauberbischofsheim, den 1. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Bulster.

Z.i.192. Nr. 8967. Mannheim. (Oeffentliche Aufforderung.) Die Bäckergesellen Jakob Zimmermann aus Einsheim und Heinrich Roll aus Hausen stehen wegen Körperverletzung dahier in Untersuchung. Dieselben werden aufgefordert, binnen 14 Tagen dahier zu erscheinen und sich vernehmen zu lassen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen sie erkannt werden wird.

Mannheim, den 9. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

Z.i.193. Nr. 9206. Mannheim. (Oeffentliche Aufforderung.) Heinrich Heinstein von Heidelberg steht dahier wegen Entwendung eines Rockes in Untersuchung. Derselbe wird aufgefordert, binnen 14 Tagen dahier zu erscheinen und sich vernehmen zu lassen, widrigenfalls nach Lage der Akten gegen ihn erkannt werden wird.

Mannheim, den 9. Juni 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

(Mit einer Beilage und liter. Anzeige.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.